Kommunalverband Ruhrgebiet
Bildungskonferenz am 31.10.2002 in Essen

Regionale Verantwortung für soziale und kulturelle Chancengleichheit

I.

Im deutschen Bildungswesen ist die soziale Chancengleichheit nicht verwirklicht. Die PISA-Studie der OECD kommt in ihrem internationalen Leistungsvergleich zu dem Ergebnis, dass in keinem der untersuchten Länder die Kopplung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb so stark ausgeprägt ist wie in Deutschland. Die Studie belegt einen außerordentlich hohen Anteil von Jugendlichen ohne ausreichende Basiskompetenzen am Ende ihrer Schulpflichtzeit und registriert einen großen Abstand zwischen den leistungsstärksten und leistungsschwächsten Schülerinnen und Schülern. Diese Befunde über Kompetenzmangel und Bildungsarmut signalisieren für die Wissensgesellschaft nicht nur das Vorhandensein, sondern auch das Anwachsen konfliktträchtiger Ungleichheiten. Sie führen zu diskriminierender sozialer Polarisierung und untergraben die demokratische Substanz des Gemeinwesens.

II.

Das Ruhrgebiet steht als Bildungsregion vor einer besonderen Herausforderung. Hier konzentrieren sich als Folgen des Strukturwandels die sozio-ökonomischen Problemlagen. In Quartieren und Stadtteilen nimmt die soziale Segretation und damit die Absonderung in benachteiligte bzw. privilegierte Lebenslagen zu. Bei einem insgesamt relativ geringen Anteil von jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung im KVR-Gebiet wächst jedoch in armen Stadtteilen die Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen unter benachteiligenden Bedingungen auf. Hier leben auch besonders viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Wenn nicht grundsätzlich gegengesteuert wird, ist für die nachwachsenden Generationen im Ruhrgebiet eine ungünstige Bildungs- und Berufsbiografie vorprogrammiert. Ebenso sind der soziale Frieden und der Strukturwandel in der Region bedroht.

III.

Wenn die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen im Ruhrgebiet nachhaltig verbessert und die Disparitäten in der Bildung beseitigt werden sollen, sind grundlegende und dauerhafte Veränderungen notwendig:

- Land und Kommunen müssen gezielt auf die sozio-ökonomischen Problemlagen reagieren. Dazu ist eine differenzierte Mittelzuweisung erforderlich, die dem unterschiedlichen regionalen und lokalen Förderungsbedarf gerecht wird. Deshalb müssen für Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen bei ungleichen Ausgangslagen auch die zur Verfügung gestellten Mittel ungleich sein. Denn: Wer Ungleiches gleichbehandelt, verstärkt die Ungleichheit.
- Förderprogramme müssen sich grundsätzlich an ganzheitlichen, sozialräumlichen und ressortübergreifenden Handlungsansätzen orientieren. Gefordert sind abgestimmte Handlungskonzepte für eine gemeinsame Praxis von Schule, Jugendhilfe, Kultur und Sport. Vor allem für eine pädagogisch qualifizierte Ganztagsbetreuung können vielfältige Möglichkeiten ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements erschlossen werden. Denn: Es geht nicht darum, Zuständigkeiten zu verteidigen, sondern durch Zusammenarbeit Zustände zu verändern.
- Das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ muss sich dem tatsächlichen Erneuerungsbedarf aller benachteiligten Stadtteile in der Region stellen.

Erfolgreich erprobte Konzepte sind deshalb zu verstetigen und bei Bedarf auszuweiten. Anstelle einer kurzatmigen Projektförderung muss dieses Modell in Serie gehen und die Regelausstattung in den Quartieren verstärken. Gleichzeitig darf die Bildungsförderung nicht länger isoliert erfolgen; sie ist deshalb in das Landesprogramm einzufügen.

- Die Förderprogramme und -konzepte müssen auf ihre Wirksamkeit ebenso überprüft werden wie ihre Übertragbarkeit ermöglicht werden muss. Deshalb ist neben der fachlichen Begleitung durch die Wissenschaft ein flächendeckend kleinräumiges Dateninformationssystem beim KVR anzusiedeln, um die Kooperation der Akteure im Ruhrgebiet zu fördern. Dazu brauchen die Kommunen allerdings eine angemessene Finanzausstattung sowie mehr planerische und organisatorische Gestaltungsfreiheit für die konzeptionelle und strukturelle Entwicklung von „offenen Bildungslandschaften“.

Das Ruhrgebiet braucht die gemeinsame Anstrengung einer politischen Allianz, in der das Land und die Kommunen sowie die Wirtschaft mit den zivilgesellschaftlichen Kräften zusammenwirken, um allen Kindern und Jugendlichen in der Region eine Perspektive für die Zukunft zu geben.

Dr. Manfred Beck
Prof. Dr. Wolfgang Hinte
Prof. Dr. Klaus Klemm
Peter Rose
Dr. Oliver Scheytt
Brigitte Schumann
Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier